

Knut Heidar (ed.): *Nordic Politics. Comparative Perspectives*. Oslo: Universitetsforlaget 2004, 311 S.

Welche Erwartungen kann ein Leser an ein Buch mit dem Titel *Nordic Politics* haben? Es sollte zumindest von Politik in Nordeuropa handeln. Die Frage ist bloß: wie? Anthologien wie z. B. Wolfgang Ismayrs Standardwerk *Die politischen Systeme Westeuropas* beschreiben die Länder Westeuropas gegliedert nach den selben Überschriften in jedem Kapitel – aber jedes Land wird für sich beschrieben. Der Untertitel des vorliegenden Buches *Comparative Perspectives* steigert deshalb die Erwartungen: Was haben die nordischen Länder gemeinsam, was unterscheidet sie voneinander? Aber warum sollten die nordischen Länder überhaupt als eine Einheit begriffen werden? Um diese Frage beantworten zu können, müssen nicht nur die Staaten Nordeuropas untereinander verglichen werden, sondern auch mit ihren Nachbarn.

Genau diese Fragen stellt sich Knut Heidar, Politikprofessor an der Universität Oslo, zusammen mit seinen norwegischen Kollegen. Allerdings schränken sie ihre Perspektive gleich ein: Fokus des Buches sind die drei skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Dänemark, auch wenn Finnland und Island nicht ganz vergessen werden.

Heidar beschreibt einleitend überzeugend und nicht unnötig detailliert, wieso es historisch und in der Gegenwart betrachtet nahe liegend ist, *Norden* als eine Gruppe aufzufassen und zu beschreiben (Kapitel 1). Die Länder haben in vielen Punkten eine gemeinsame Geschichte, die sich in ähnlich verlaufenden Entwicklungen von den Wikingern über die Reformation bis hin zur Entstehung der modernen politischen Systeme widerspiegelt, sowie Gemeinsamkeiten in Kultur und Sprache.

Am häufigsten begegnet einem das „Nordische Modell“ sicherlich in der Wohlfahrtsstaatsdebatte. Anton Steen (Kapitel 12) vermittelt einen guten Überblick über das Typische der nordischen Sozialpolitik, von den Anfängen der „rot-grünen“ Koalitionen in den dreißiger Jahren bis zur heutigen „retrenchment“-Debatte über den Rückzug des Staates. Er zeigt, dass in den nordischen Ländern kaum von einem Rückzug die Rede sein kann, und dies vermutlich nicht *trotz*, sondern *wegen* des ausgebauten Wohlfahrtsstaates. Ebenfalls erläutert wird die ausgeprägte Rolle der Kommunen als Träger sozialer Leistungen, die *welfare municipalities*, die ebenso von Lawrence Rose im zehnten Kapitel über Kommunen

und von Harald Baldersheim im elften Kapitel über Regionen thematisiert werden. Beide beschreiben nicht nur den typischen Aufbau kommunaler und regionaler Verwaltung, sondern diskutieren auch die besonderen nordischen Züge, also z. B. das Prinzip der negativen Abgrenzung – Kommunen haben freie Hand, es sei denn, der Staat mischt sich ausdrücklich in ein Aufgabengebiet ein.

Wie in fast allen Büchern über nordische Politik, die im Norden herausgegeben werden, wird die Fokussierung auf den Staat, die ihren Ausdruck z. B. im nordischen Wohlfahrtsstaat mit dem Staat als Dienstleister findet, nicht sonderlich kritisch analysiert. Der Wohlfahrtsstaat erscheint als das uneingeschränkt Gute. Aber gehört zu diesem Wohlfahrtsstaatsdenken nicht auch, dass noch nach dem Zweiten Weltkrieg Samen und Roma verfolgt wurden, dass bis in die siebziger Jahre behinderte Menschen zwangssterilisiert wurden, oder auch dass Emigranten und Flüchtlinge die Segnungen des Wohlfahrtsstaates jeweils solange wie nur irgend möglich vorenthalten werden?

Wichtiger Teil der nordischen Wohlfahrtsstaaten ist auch die enge Verquickung von Politik und Interessenvertretung sowohl auf staatlicher als auch auf lokaler Ebene. Wie Trond Nordby (Kapitel 6) beschreibt, verlief die Entwicklung

des Arbeitgeber und Gewerkschaften inkludierenden Korporatismus in den nordischen Ländern auffallend parallel. Bis heute dominieren in vielen Bereichen korporatistische Strukturen, auch wenn der Einfluss gewichtiger Einzelinteressen und ihrer Lobbyisten spürbar zunimmt. Tom Christensens zweites Kapitel über den geringen Einfluss des *New Public Management* (NPM) in den skandinavischen Verwaltungen schließt daran an. Überzeugend erläutert er, wie NPM u. a. mit den korporatistischen Strukturen und der Prozessorientierung skandinavischen Verwaltungsmanagements (anstelle eines ausschließlichen Resultatfokus) kollidiert. Man vermisst aber gerade in diesem Kapitel eine Darstellung der (schwedisch-)nordischen Besonderheiten wie etwa der kollegialen Regierungsform oder des dualistischen Verwaltungsaufbaus (kleine Ministerien und große, von ihnen unabhängige Verwaltungsbehörden).

Wie Bjørn Erik Rasch (Kapitel 8) ausführt, ist auch der Aufbau der politischen Systeme in den nordischen Ländern in vielerlei Hinsicht andersartig als in großen Teilen Westeuropas. Die skandinavischen Länder zeichnen sich u. a. durch Minderheitsregierungen und negativen Parlamentarismus aus, d. h. dadurch, dass eine Regierung keine parlamentarische Mehrheit für sich,

sondern lediglich keine gegen sich braucht. Rasch bietet verschiedene Erklärungen für die Entwicklungen im Norden und erklärt außerdem Unterschiede zwischen Skandinavien auf der einen und Finnland sowie Island auf der anderen Seite (beide Länder haben z. B. einen Staatspräsidenten, aber kein Königshaus) und vergleicht aufschlussreich mit Drittstaaten.

An Raschs Kapitel schließen sich noch zwei weitere an: Welche Parteien sind in den Parlamenten vertreten, und wer wählt sie? Die erste Frage beantwortet Knut Heidar (Kapitel 3). Während einst von einem „Fünf Parteien“-Modell ausgegangen werden konnte (Konservative, Agrar, Liberale, Sozialdemokraten, Kommunisten), sieht das Bild heute anders aus: In Norwegen und Dänemark hat nicht zuletzt die Debatte um die EG Anfang der siebziger Jahre zu Parteisplittierungen und zur Entstehung neuer Parteien geführt, allen voran den Fortschrittsparteien, die sich seit der Mitte der achtziger Jahre zu rechtsradikalen Parteien gewandelt haben. In Schweden und Finnland haben sich stattdessen u. a. zwei grüne Parteien etablieren können. Gleichwohl wurde die Links-rechts-Polarisierung in den folgenden Jahren eher geringer. Leider gehen die Besonderheiten des isländischen Parteiensystems (u. a. schwache

Sozialdemokratie, relativ starke Frauenpartei etc.) in der Darstellung etwas unter.

Oddbjørn Knutsen (Kapitel 4) beantwortet die Frage, wer diese Parteien wählt. Insbesondere christliche Parteien und ihre Wählerschaft unterscheiden sich von den kontinentalen Schwesterparteien. Vorrangig für ihre Etablierung war der Protest gegen die Staatskirche und Einzelthemen wie z. B. der Widerstand gegen die Legalisierung der Pornographie. Ebenfalls wird hervorgehoben, dass Frauen früher konservativer wählten als Männer, heute allerdings linksorientierter sind und häufiger Anhänger grüner Parteien als das andere Geschlecht, was vermutlich u. a. dadurch erklärt werden kann, dass Frauen häufiger als Männer im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und deshalb weniger offen für liberal-konservative Antibürokratie-Rhetorik.

So viel zu den Gemeinsamkeiten. Ein ganz und gar uneinheitliches Bild gibt die Außen- und EU-Politik. Tore Nyhamar (Kapitel 13) erklärt, wieso die nordischen Staaten immer Probleme hatten, ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren. Im Gegensatz zu den NATO-Mitgliedern Dänemark, Norwegen und dem in diesem Zusammenhang leider kaum erwähnten Island war Schweden offiziell neutral. Weder in Schweden noch in Finnland gibt es eine Mehrheit in den

Bevölkerungen für eine NATO-Mitgliedschaft, obgleich der Nachbar Norwegen an NATO-Einsätzen beteiligt ist und Dänemark sogar am zweiten Golfkrieg.

Finnland, das erst mit der Russischen Revolution selbstständig wurde, musste mit Rücksichtnahme auf Russland vorsichtig auf internationalem Parkett agieren, weshalb es nicht NATO-Mitglied werden konnte und erst 1995 EU-Mitglied. Auch Schweden wollte Neutralität wahren und trat ebenfalls erst 1995 der EU bei. Entscheidend für den Beitritt der nordischen Länder, so erläutert Janne Haaland Matlary (Kapitel 14), war aber nicht nur die Sicherheitspolitik, sondern auch ökonomische Interessen. So hat sich die dänische Landwirtschaft immer für den Freihandel ausgesprochen, während die norwegischen Bauern für ihre wenig rentable Produktion mehr Subventionen erhalten, als sie in der EU bekämen. Das Hervorheben ökonomischer Aspekte, gepaart mit einem selbstzentrierten „Wir / Die“-Bild der eigenen Identität, erklärt auch den weit verbreiteten Widerstand gegen die EU als politisches Integrationsprojekt.

Es wäre interessant, wenn dieses Identitätsbild auch in anderen Zusammen-

hängen diskutiert worden wäre. So beschreibt Heidar zwar neue, rechte Parteien (Kapitel 3), hebt aber nicht das wirklich Besondere in Dänemark und Norwegen hervor: Sie sind nicht nur rassistisch wie die *Front National* in Frankreich oder der gerade verbotene *Vlaams Blok* in Belgien, sondern vergleichbar mit der FPÖ, gleichzeitig durch Absprachen an der jeweiligen Regierung beteiligt. Diese Kombination aus offenem Rassismus und Salonfähigkeit ist besonders aus deutscher Sicht außergewöhnlich.

Heidars Buch erreicht das gesteckte Ziel. Es erklärt nicht nur, was das besondere an den nordischen Ländern ist, sondern vergleicht auch mit Drittstaaten. Zwar wird etwas viel Gewicht auf Norwegen gelegt (Kapitel 5 über die Zivilgesellschaft behandelt sogar ausschließlich Norwegen), aber es findet sich immer noch genügend Information über die Nachbarn, um einen ersten Eindruck zu gewinnen. Zudem ist das Buch spannend und leicht geschrieben. Es ist also gut geeignet für diejenigen, die noch nicht viel über den Norden wissen und sich einen Überblick verschaffen wollen.

*David Nicolas Hopmann (Kopenhagen)*